

In Thun gibts für Junge oft Alkohol

Veranstaltungen Die Testkäufe in der Region Thun zeigten: Bei Veranstaltungen kommen die Jugendlichen viel zu einfach an Alkohol.

In der Stadt Thun finden seit über zehn Jahren Alkohol- und Tabaktestkäufe statt. Unter Koordination des Polizeinspektors der Stadt Thun wurden in den Monaten April bis Dezember 2015 insgesamt 56 Testkäufe getätigt. Verkäufe fanden in 18 Fällen statt, was eine Beanstandungsquote von 32 Prozent ergibt. Die jüngste Auswertung der Alkohol- und Tabaktestkäufe zeigt, dass bei den kontrollierten Restaurants und Geschäften die Beanstandungsquote mit 25 Prozent etwa gleich blieb wie in den Vorjahren sei, teilte die Stadt Thun gestern mit. Und weiter: «Die Testkäufe und die damit verbundene Aufklärung des Verkaufspersonals zeigen nach Einschätzung des Polizeinspektors Thun bei den Betrieben eine positive Wirkung.»

Ein unerfreuliches Bild zeigen jedoch die Kontrollen bei Veranstaltungen: Bei zehn Testkäufen fielen sieben Veranstalter durch, also 70 Prozent. «Bei den Veranstaltern erkennt das Polizeiinspektorat eindeutigen Handlungsbedarf im Bereich Information, Schulung und weitere Kontrollen», schreibt die Stadt.

Fehlbare unter Beobachtung

Fehlbare, die den Testkauf nicht bestanden haben, werden dem zuständigen Regierungstatthalteramt gemeldet. In der Regel werden die Geschäftsinhaber verwarnet. Zudem müssen sie ihre Jugendschutzkonzepte bearbeiten und das Personal schulen. «Bei wiederholtem Fehlverhalten kann zum Beispiel eine Sortimentskürzung angeordnet werden», steht weiter in der Mitteilung. Die Spiezer Filiale des deutschen Discounters Lidl in Spiez darf deshalb seit Anfang Jahr bis 29. Februar keinen Alkohol mehr verkaufen. Diese Verkaufssperre wurde im November durch den Regierungstatthalter verfügt, nachdem Kontrollkäufe wiederholt negativ ausgefallen waren.

Die Testkäufe werden von Verwaltungspersonal und Jugendlichen begleitet. *mt/rop*

Reitz AG: 25 Jobs weg

Bern Die Reitz Schweiz Ventilator AG hat im Januar ihr Werk in Bern geschlossen. Wegen der Frankenstärke produziert die Firma neu in Deutschland. 25 Personen haben in Bern ihren Arbeitsplatz verloren.

Drei Angestellte sind mit der Firma nach Deutschland gezogen. Weitere 10 Personen haben eine andere Anschlusslösung gefunden, wie Geschäftsleiter Sven Faubel gestern sagte. Für die Betroffenen gibt es einen Sozialplan. Die Schliessung des Werks gehe nicht auf mangelnde Aufträge zurück, bestätigte Faubel weiter, sondern auf die immer grösser gewordenen Schwierigkeiten, die Nachteile des starken Frankens auszugleichen. Reitz Schweiz, ein Tochterunternehmen der Reitz Holding mit Sitz in Deutschland, generiert 50 bis 70 Prozent des Umsatzes in Euro.

Das Unternehmen will seinen Sitz in Bern behalten und sucht nun einen neuen Standort für die Administration. *sla*

Entscheid über Prämienverbilligungen

Abstimmung Soll im Kanton Bern auch künftig mindestens ein Viertel der Bevölkerung Prämienverbilligungen erhalten müssen? Über diese Frage entscheiden die Bernerinnen und Berner am 28. Februar ein erstes Mal.

Obwohl die Krankenkassenprämien im Kanton Bern speziell hoch sind, hat der Grosse Rat 2013 einen Abbau der Prämienverbilligungen beschlossen. In der Folge kamen 2014 nur noch 22,6 Prozent statt der damals gesetzlich vorgeschriebenen 25 Prozent der Bevölkerung in den Genuss der Verbilligungen. Kurzerhand beschloss das Parlament 2015, den betreffenden Passus aus dem Gesetz zu streichen. Für SP und Grüne zu viel. Zusammen mit Gewerkschaften und anderen Organisationen ergriffen sie erfolgreich das Referendum und lancierten genauso erfolgreich eine Initiative. Über Ersteres stimmen die Bernerinnen und Berner nun am 28. Februar ab – die Antworten auf die wichtigsten Fragen.

1. Um was geht es am 28. Februar?

Im Zentrum steht die Frage, ob auch künftig im Gesetz geregelt sein soll, dass zwischen 25 und 45 Prozent der Berner Bevölkerung Prämienverbilligungen erhalten müssen. Die Vorlage umfasst zwei Varianten: Der Hauptantrag sieht vor, dieses Sozialziel zu streichen. Der Eventualantrag hält an der Prozentvorgabe fest und verpflichtet den Kanton zusätzlich, das Budget für die Verbilligungen künftig mindestens im Gleichschritt mit den Prämien zu erhöhen.

2. Welche Position vertritt das Referendumskomitee?

Das Referendumskomitee empfiehlt, beide Anträge abzulehnen. «Die Streichung des Sozialziels öffnet Tür und Tor für einen weiteren Abbau», sagt Natalie Imboden, Co-Präsidentin der Grünen und Grossrätin. Eine Anpassung der Verbilligungen an der Entwicklung der Krankenkassenprämien würde das Referendumskomitee zwar begrüssen. Die Frage sei aber, auf welcher Grundlage man diese sogenannte Indexierung vornehme. «Im



Die Krankenkassenprämien belasten die Bernerinnen und Berner im schweizweiten Vergleich besonders stark. Keystone

Budget 2016 des Kantons sind rund 70 Millionen Franken für die Verbilligungen eingeplant. Bei solch einem tiefen Betrag bewirkt eine Koppelung zu wenig», so Imboden.

3. Was sagt die Regierung?

Die Regierung ist dafür, das Sozialziel zu streichen. Sie empfiehlt deshalb ein Ja zum Hauptantrag und ein Nein zum Eventualantrag. Laut Justizdirektor Christoph Neuhaus (SVP) gibt es keinen direkten Zusammenhang zwischen einem bestimmten Prozentsatz der Bevölkerung, der per Gesetz Prämienverbilligungen bekommen muss, und dem Anteil der Leute, die tatsächlich in bescheidenen finanziellen Verhältnissen leben. Im Klartext heisst dies: Wenn 25 Prozent der Bevölkerung Verbilligungen erhalten müssen, heisse das nicht, dass alle 25 Prozent diese auch nötig hätten. Würde das Sozialziel im Gesetz belassen, hätte dies laut Neuhaus zur Folge, dass gleich viel Geld auf mehr Leute verteilt werden müsse. Denn an der Gesamtsumme, die der Kanton für die Verbilligungen ausgibt, ändert der fragliche Artikel nichts. Dies bestimmt der Grosse Rat im Budget.

4. Was geschieht, wenn beide Anträge angenommen werden?

Dann entscheidet die Stichfrage. Auf dem Stimmzettel können die Stimmberechtigten ankreuzen, welcher Variante sie den Vorzug geben, falls beide angenommen werden.

5. Hat der Kanton gegen das 2014 nur noch 22,6 Prozent der Bevölkerung unterstützt hat?

Dieser Meinung ist das Referendumskomitee. Zusammen mit einer betroffenen Person, die trotz gleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen 2014 keine Prämienverbilligungen mehr erhalten hatte, reichten die

Grünen eine Beschwerde beim Kanton ein. Laut der stellvertretenden Generalsekretärin Ursula Wyssmann ist diese nach wie vor bei der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion hängig.

6. Hat der Ausgang der Abstimmung vom 28. Februar einen Einfluss auf die Initiative zu den Prämienverbilligungen?

Nein, die Referendumsabstimmung ist nur ein Vorgeplänkel. Stimmen die Berner dereinst der Initiative zu, kommt es erneut zu einer Gesetzesrevision.

7. Was wird mit der Initiative verlangt?

Die Initianten wollen eine Erhöhung der finanziellen Beiträge für die Prämienverbilligungen und die Wiederherstellung des Zustandes vor den Sparmassnahmen vom November 2013. Das Hauptproblem im heutigen Gesetz ist laut Natalie Imboden, dass darin nicht geregelt ist, wer Anrecht auf Prämienverbilligungen hat und wie hoch diese ausfallen. «Dies kann die Regierung auf Verordnungsstufe selber festlegen.» Die Linke will das mit der Initiative ändern und im Gesetz festschreiben. Zudem sollen darin sowohl das Sozialziel als auch die Koppelung der Verbilligungen an der Prämienentwicklung enthalten sein. «Wird die Initiative angenommen, muss der Kanton gegenüber 2016 jährlich rund 50 bis 60 Millionen Franken mehr für die Prämienverbilligungen ausgeben», sagt Imboden.

8. Was sagen der Grosse Rat und die Regierung zur Initiative?

Weder der Grosse Rat noch die Regierung haben sich bisher mit der Initiative beschäftigt. Laut Christoph Neuhaus will Letztere zuerst das Resultat des Urnengangs von Ende Februar abwarten. Das Volk wird sich voraussichtlich 2017 zur Initiative äussern können. *Marius Aschwanden*

Weibel verlässt die Bühne

Kulturpolitik Benedikt Weibel gibt sein Amt als Präsident von Konzert Theater Bern ab – mit pikanten Folgen. Unabhängig davon stellen sich Fragen zur Rolle des Stiftungsrats bei der Absetzung von Schauspielchefin Stephanie Gräve.

Benedikt Weibel geht. Unabhängig von den jüngsten Ereignissen um die Absetzung der Schauspielchefin. «Ja, ich gebe mein Amt in diesem Jahr ab. Über meine Nachfolge wird die Wahlbehörde zu gegebener Zeit informieren», sagt der Stiftungsratspräsident auf Anfrage. Weibel wird dieses Jahr 70-jährig, seit 2012 steht er an der Spitze des Gremiums. Die genauen Gründe für den Abgang, der sich seit längerem abzeichnete, sind unklar. Eine eigentliche «Altersguillotine» für Stadtvertreter im Stiftungsrat gibt es jedenfalls nicht.

Wer tritt die Nachfolge an? Gut informierte Quellen wissen, dass der abtretende Stadtpräsident Alexander Tschäppät Ambitionen auf das Amt an der Spitze von Berns grösstem Kulturbetrieb kundtat. Im Stiftungsrat favorisierte man jedoch den bisherigen Vize Marcel Brühlhart. Tschäppät will sich dazu nicht äussern. Die

Personalentscheide würden «zu gegebener Zeit» kommuniziert, lässt der Stadtpräsident ausrichten. Klar ist: Mit Brühlhart würde ein brillanter Kopf an die Spitze gewählt, der auch in der Dachstiftung von Kunstmuseum und Zentrum Paul Klee eine entscheidende Rolle spielt. Brühlhart gilt als harter Schaffer, der lieber hinter den Kulissen arbeitet, als sich im Glanz des Premierenlichts zu sonnen.

Wer darf bestimmen?

Die Personalie hat kulturpolitisch eine pikante Note: Bis im Sommer letzten Jahres war Weibel als zweiter Kantonsvertreter neben Vizepräsident Marcel Brühlhart im Amt, seither sitzt er als Stadtvertreter im Stiftungsrat. Der Grund: Die Stadt ist durch das kantonale Kulturförderungsgesetz zur Hauptsubventionsgeberin geworden – und Letztere darf den Präsidenten bestimmen. Eigentlich. Tschäppät könnte sich allerdings kaum selbst ins Amt hieven.

Unklar ist, ob weitere Mitglieder des Stiftungsrats ebenfalls abtreten. Geäussert hat sich bisher nur Guy Jaquet, der als Orchestervertreter im Stiftungsrat bleiben will, wie er auf Nachfrage

erklärt. Zu reden gibt die Rolle des Stiftungsrats beim Eklat um die Schauspielchefin Stephanie Gräve, die vor zwei Wochen per sofort freigestellt wurde. Der Stiftungsrat von Konzert Theater Bern hat weitreichende Kompetenzen bei der Verpflichtung und der Absetzung von Personen auf der «zweiten Hierarchieebene», zu der die Spartenleiter gehören. Die Kompetenzen, die nach Auseinandersetzungen in der Ära von Intendant Marc Adam erweitert wurden, bringen allerdings auch eine zusätzliche Verantwortung mit sich. Vor diesem Hintergrund muss sich der Stiftungsrat Fragen gefallen lassen, sowohl was die Rekrutierung von Stephanie Gräve als auch was die Nichtkommunikationspolitik nach deren Absetzung betrifft.

Neue Erkenntnisse machen deutlich, dass sich die Auseinandersetzung zwischen dem Intendanten Stephan Märki und der Schauspielchefin über Monate hinweg angebahnt hatte, sich im Januar aber entscheidend zuspitzte. Märki und Gräve hatten offenbar ziemlich unterschiedliche Vorstellungen von Theater, was auch im Spielplan zum Ausdruck kommt – Gegenwartstheater hatte beim Schauspiel zuletzt



Nimmt Abschied: Benedikt Weibel auf der Stadttheaterbühne. Beat Mathys

kaum mehr ein Gewicht. Reibungen gab es auch bei Kompetenzfragen. Umso mehr fragt man sich, wie gründlich die Abklärungen bei der Verpflichtung Gräves wirklich waren – auch aufseiten des Stiftungsrats.

Skepsis beim Experten

Die Kommunikationspolitik des Stiftungsrats kommt bei Experten nicht gut an. «Bei heiklen Personalentscheiden gibt es plausible Gründe, wenig zu kommunizieren. Allerdings muss man wenigstens das Schweigen nachvollziehbar erklären. Verständnis schaffen statt abwiegeln, lautet die Devise. Ansonsten entsteht Misstrauen», sagt

Kommunikationsberater Roland Binz, der unter Benedikt Weibel als SBB-Sprecher amtierte. «Eine Institution, die vom Goodwill der öffentlichen Hand und des Publikums abhängt, muss sorgfältig abwägen, ob und wie viel Intransparenz sie sich leisten kann», sagt Binz. Und: «Nichtkommunikation ist eine Illusion. Früher oder später werden die Fakten publik. Nur wird das Getöse am Ende viel lauter sein. Und die betroffenen Exponenten müssen erfahrungsgemäss mehr preisgeben als bei einer von Beginn weg offeneren Kommunikation.» Benedikt Weibel will die Ratschläge nicht kommentieren. *Oliver Meier*